

UNS HAMBURG

Seit 2015 dem Wohle Hamburgs verpflichtet

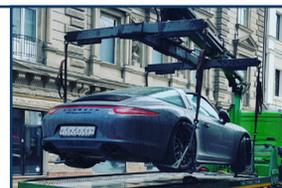
Denkmäler
unter
Dauerbeschuss
Seite 3



Trotz Corona:
Grote schmeißt
eine Party
Seite 4



Jetzt geht's den
Autofahrern an
den Kragen!
Seite 7



Kulturlos

Anstandslos

Maßlos

Liebe
Hamburger!



Zum zweiten Mal in Folge zog die AfD in die Hamburgische Bürgerschaft ein. Die AfD-Fraktion hat sich neu aufgestellt, aus zuletzt sechs sind jetzt sieben Abgeordnete geworden. Vier Volksvertreter wurden neu in die Bürgerschaft gewählt. Rundherum aufgefrischt und erneuert halten Sie auch die 10. Ausgabe unserer Fraktionszeitung UNS HAMBURG in den Händen.

Apropos Wahlen: Was haben sich Politiker der Altparteien und einige Medienvertreter am Wahlabend im Februar um 18 Uhr gefreut. Als es zunächst so schien, die AfD hätte die Fünf-Prozent-Hürde verfehlt, ertönte ein lautes „Nazis raus“! Je später der Abend, desto finsterner wurden bei den Gutmenschen die Mienen. Die AfD schaffte mit 5,3 Prozent den Wiedereinzug. Und am Ende flog die FDP aus der Bürgerschaft.

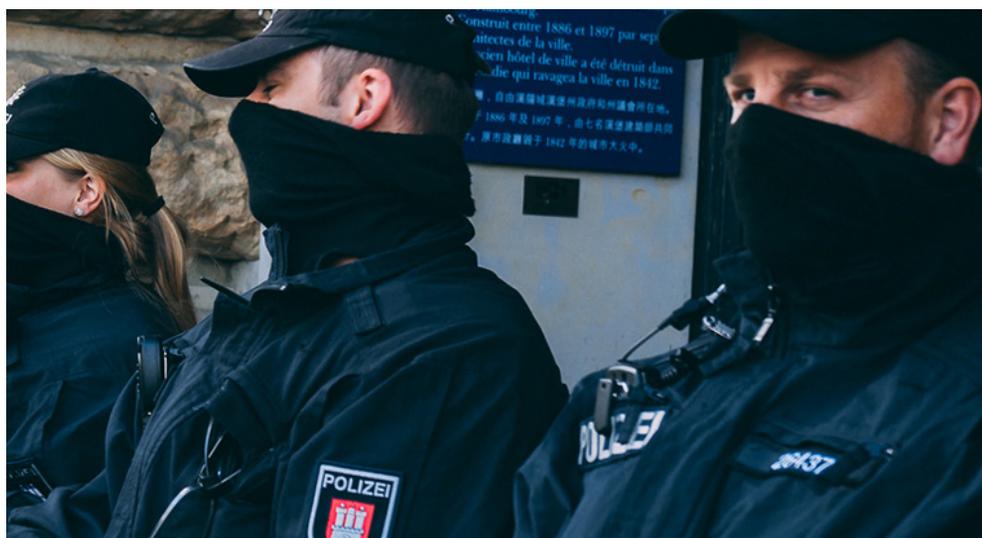
Im Namen der AfD-Fraktion danke ich den Wählern für das Vertrauen. Unsere freiheitlich-konservativen Inhalte stehen für eine vernunftbasierte Politik ohne ideologische Scheuklappen. Wir stehen für direkte Demokratie, Innere Sicherheit, den Schutz der Familie, Umweltschutz und freie Mobilitätswahl.

Was wir brauchen ist Mut! Mut zur eigenen Identität und Mut zum offenen Meinungsaustausch. Dafür streiten wir.

Herzliche Grüße

Dr. Alexander Wolf

Schluss mit der Hetze gegen die Polizei!



Alle Polizisten ballern wild herum, prügeln auf Unschuldige ein, stehen politisch rechts und sind überhaupt überflüssig. Presse, linke Politiker und deren Helfershelfer blasen fast täglich zur medialen und politischen Hetzjagd gegenüber Polizisten. Radikale Grüne wollen die Ordnungsmacht am liebsten direkt abschaffen und durch Sozialarbeiter ersetzen. Immer wieder gibt es neue angebliche Horrormeldungen über die Polizei.

Trotzdem vertrauen laut aktuellen Umfragen über 80 Prozent der Deutschen der Polizei. Offensichtlich wird ein Polizeiproblem herbeigeschrieben und herbeigeredet. Linke hatten immer schon ein Problem mit der Polizei. Früher waren es die „Bullen“, jetzt sind es alles „Rassisten“.

Die Polizeiverachtung hat mit der sogenannten Black-Lives-Matter-Bewe-

gung aus den USA zugenommen. Polizisten werden pauschal zu Tätern und Ausländer zu Opfern – ganz egal wie die Wirklichkeit ist. Der Zweck heiligt die Mittel.

Weit über zehntausend Landes- und Bundespolizisten und deren Familien leben in Hamburg. Wie fühlen sie sich eigentlich angesichts der grassierenden Polizeiverachtung. Wer will da überhaupt noch Polizist werden? Wer will tagtäglich seinen Kopf hinhalten, sich bespucken und beleidigen lassen und sich rechtfertigen müssen?

Für die AfD-Fraktion ist vollkommen klar, dass sie zur Polizei steht. Polizisten verdienen mehr Respekt und Akzeptanz! Nicht die herbeigeschriebene Polizeigewalt ist das Problem, sondern die immer salonfähigere Polizeiverachtung. Die AfD-Fraktion steht fest an der Seite der Polizei. Mehr dazu auf Seite 2.

Polizei: Vom Freund und Helfer zum Feindbild und Freiwild

Nockemann: „Wir als AfD stehen zu unserer Polizei!“



Hoch zu Ross: Hamburger Polizei im Einsatz

Polizeiverachtung ist mal wieder in Mode gekommen. „ACAB“ (All cops are bastards), „Fuck the system – Fuck the police“, „Ganz Hamburg hasst die Polizei“: Diese Parolen finden sich: Klebend an Laternen, schreiend auf Demonstrationen, tönend in linken Politikerreden oder schwarz auf weiß in einschlägigen Zeitungen – mit verheerenden Folgen. Denn aus den Worten werden immer mehr Taten: Pöbeln, beleidigen, spucken, schlagen, treten. Eine Kleine Anfrage des AfD-Fraktionschefs Dirk Nockemann gibt Aufschluss über die Gewalt gegen Polizeikräfte: 2017 gab es 1.587 Straftaten gegenüber Hamburger Polizisten. 2019 waren es bereits 1.939. Auffällig ist dabei auch der hohe Ausländeranteil unter den Tatverdächtigen bei Gewalt gegen die Polizei. 2018 gab es insgesamt 1.124 Tatverdächtige, davon besaßen 429 keine deutsche Staatsangehörigkeit. Das sind 38 Prozent. 2019 stieg der Anteil der Tatverdächtigen auf 1.217, davon waren 497 Ausländer. Das entspricht 41 Prozent (Drucksache 22/669). Die Zahlen belegen es: Multikulturelle

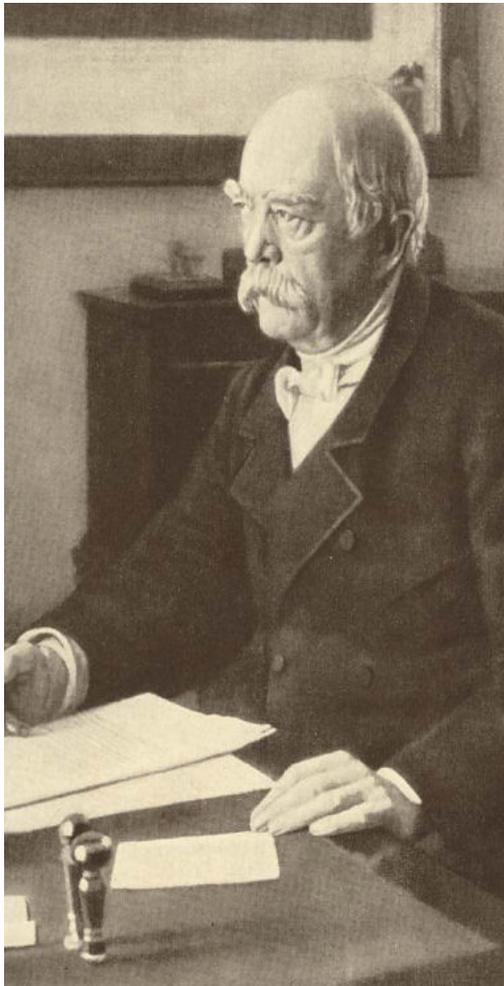
Gesellschaften sind Multikonfliktgesellschaften. Unsere Polizisten werden immer mehr zu Prügelknaben der Nation. Mainstream-Medien sprechen von „jungen Männern“, „Jugendlichen“ oder seit den Stuttgarter Krawallen auch „Party- und Eventszene“. Diese Klientel aus bestimmten Kulturkreisen hat offenkundig ein Problem mit der Anerkennung staatlicher Autorität und der Durchsetzung von Recht und Ordnung. Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken sah kürzlich einen latenten Rassismus bei der deutschen Polizei. In der Bürgerschaft reagierte die AfD-Fraktion mit einer gemeinsamen Resolution der AfD-Frakturen im Bundestag und den deutschen Landtagen. Darin haben wir die unsäglichen Äußerungen der Sozialdemokratin Esken aufs Schärfste verurteilt und der Polizei unsere Solidarität zugesichert (Drucksache 22/486). Die Resolution wurde von allen Bürgerschaftsfraktionen abgelehnt. In Berlin stellt der rot-rot-grüne Senat alle Polizisten mit einem neuen Antidiskriminierungsgesetz unter Generalverdacht. Wenn eine Person glaubhaft

machen kann, von einer staatlichen Stelle etwa aufgrund ihrer Herkunft oder Hautfarbe diskriminiert worden zu sein, obliegt es nun der staatlichen Stelle, das Nichtvorliegen einer Diskriminierung zu beweisen. Die AfD-Fraktion beantragte, dass Hamburg im Rahmen der Amtshilfe bis auf Weiteres keine Polizisten nach Berlin entsendet. Auch diesen Antrag lehnten alle anderen Fraktionen ab.

Für den früheren Innensenator und jetzigen AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann ist ganz klar: „Nicht Polizeigewalt ist das Problem, sondern steigende Gewalt gegen unsere Polizei. Wir als AfD-Fraktion sehen eine erschreckende Entwicklung, denn enthemmte Worte führen zu enthemmter Gewalt auf der Straße. Diese Gewalt trifft Polizeibeamte direkt, da sie tagtäglich für die Bürger dieses Landes den Kopf hinhalten müssen. Sie stehen auf der Straße und müssen die Entscheidungen der Politiker mittragen, gleichzeitig werden sie aber von weiten Teilen der etablierten Politik im Stich gelassen. Wir als AfD stehen zu unserer Polizei!“

Denkmäler unter Dauerbeschuss

Wolf: „Linke Bilderstürmerei stoppen - es geht um unsere Identität“



Bildnachweis: Otto von Bismarck, verändert, 1886 CC BY-SA 3.0

Otto von Bismarck: Architekt der Deutschen Einheit

Wer war Bismarck?

Otto von Bismarck ist der Architekt und Kanzler der Deutschen Einheit. Er führte in den 1880er-Jahren die Sozialgesetze für Arbeiter ein: Eine gesetzliche Krankenversicherung (1883), eine Unfallversicherung (1884) und eine Rentenversicherung (1889). Die Gesetze waren damals weltweit einzigartig und gelten in ihren Grundzügen noch heute.

Er hielt sich aus dem Wettrennen in Afrika und Asien heraus, da er einen Konflikt mit Großbritannien und Frankreich vermeiden wollte. Er setzte auf Frieden und Völkerverständigung und schloss Bündnisse und Rückversicherungsverträge mit anderen Staaten. Dadurch bescherte er dem Deutschen Reich viele Jahre der Ruhe und wirtschaftlichen Aufstieg, in denen es zu einer der bedeutendsten Industrien- und Wissenschaftsnation aufstieg.

Besudeln, Beschmieren, Beschädigen: Nach den weltweiten „Black-Lives-Matter“-Demonstrationen kommt es auch in Hamburg vermehrt zu mutwilligem Vandalismus bei bestimmten Denkmälern. Befeuert werden die Täter durch Anheizer wie den sogenannten Hamburger „Genozidforscher“ Jürgen Zimmerer. Er macht sich für die Verwandlung in „Gegendenkmäler“ stark, indem man sie hinlegt, auf den Kopf stellt oder bricht. Laut Zimmerer soll die Gesellschaft auf diese Weise zur Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte gezwungen werden.

Ein weiterer linker Stichwortgeber in der Debatte ist der Pastor und ehemalige Studienleiter für Erinnerungskultur an der Evangelischen Akademie, Ulrich Hentschel, der den Kopf des Bismarckdenkmals entfernen will. In beiden Fällen liegt buchstäblich geistige Brandstiftung vor, denn Äußerungen wie diese befeuern linke Bilderstürmer. Auffällig dabei ist: Linke Ikonen wie beispielsweise Karl Marx bleiben in der Denkmaldebatte davon selbstverständlich unberührt. Für den AfD-Fraktionschef Dr. Alexander Wolf ist die Entwicklung brandgefährlich: „Bismarck ist elementarer Bestandteil der europäischen und deutschen Geschichte. Der Reichskanzler ist der Architekt der Deutschen Einheit. Wer ihn angreift, der greift die Deutsche Einheit an. Wir erleben einen linksideologischen Kulturkampf und eine geschichtsvergessene Bilderstürmerei, die gestoppt werden muss, denn das berührt unsere Identität.

Geschichte muss immer aus ihrer Zeit heraus verstanden werden und kann nicht mit heutigen moralisch-ethi-

schen Kategorien bewertet werden, durch die „Brille eines sozialdemokratischen Oberlehrers“ des Jahres 2020.

Ansonsten kommen linke Ideologen auch noch auf die wahnwitzige Idee, den Jungfernstieg umzubenennen. Benannt ist die Flaniermeile nämlich nach dem früheren sonntäglichen Ritual, als Familien ihre unverheirateten Töchter spazieren führten.

Wüssten Linke davon, so wäre der Ruf nach Umbenennung sicher nur eine Frage der Zeit. Als Grund würden sie vermutlich die ewige antifeministische und sexistische Frauenunterdrückung durch das Patriarchat anführen.

Wer weiß, nichts ist so verrückt, als dass es von linken Verrückten nicht doch vorgeschlagen wird. Wetten, dass...?“



Besudeltes Bismarckdenkmal im Altonaer Schleepark

Trotz Corona: Senator Grote schmeißt eine Party und feiert sich selbst

Nockemann: „Für den Feiersenator muss die Sause jetzt vorbei sein!“

Der Innensenator Andy Grote (SPD) hat nach seiner Wiederernennung zum Senator im Juni trotz Corona-Einschränkungen mit 30 Freunden in einer schicken Bar in der HafenCity gefeiert. Er bestreitet zwar, dass er gegen Regeln verstoßen habe, bezeichnet die Feier dennoch als „dummen Fehler“ und hat sich dafür entschuldigt. Der Erste Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) hält weiterhin an Grote fest.

In einer Innenausschusssitzung stand Grote den Abgeordneten Rede und Antwort, wobei er die wichtigsten Antworten nicht geben wollte: Grote bezahlte für alle Gäste die Getränke, wie hoch war die Rechnung? Fehlanzeige! Waren auch Staatsräte anwesend? Fehlanzeige! Er beteuerte immer, dass

es ein lockeres Zusammentreffen war, aber wie lange ging die Party? Fehlanzeige! Stattdessen redete er sich mit juristischen Winkelzügen heraus.

Grotes Fehlritte häufen sich. Kürzlich stellte die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen Grote wegen der Annahme von VIP-Freikarten des FC St. Pauli ein. Es sei zwar keine Straftat gewesen, aber dennoch ein Fehlverhalten. Für den desaströsen G20-Gipfel war er mitverantwortlich, die linksextreme Rote Flora ist ihm allerdings auch heilig: „Wir brauchen linke Orte in der Stadt, und die müssen nicht Freunde des Senats sein. Die gehören zur pluralen Stadtgesellschaft.“

Für die AfD-Fraktion ist längst das Ende der Fahnenstange erreicht und seine

halbherzige Entschuldigung reicht nicht. AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann fordert den Rücktritt: „Politiker wie Grote verstärken das Misstrauen der Bürger in die Politik. Ein Senator, der sich nicht an Gesetze und Auflagen hält, ist untragbar. Es zeugt von einer unglaublichen Arroganz der Macht, dass er sich über seine eigenen Auflagen hinwegsetzt. Gleichzeitig ist es ein Schlag ins Gesicht für alle tüchtigen und fleißigen Polizeibeamten, die tagtäglich die Corona-Regeln durchsetzen müssen. Und ihr oberster Dienstherr genehmigt sich selbst eine Party. Für den Feiersenator muss die Sause jetzt vorbei sein!“

Die Fakten: Grote bricht sein Wort

Anfang April beschloss der Senat eine Rechtsverordnung zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus. Hierzu zählt ein Bußgeldkatalog in Höhe von 150 bis zu 25.000 Euro. Grotes Feier zu seiner Wiederwahl im Juni verstieß gegen folgende Auflagen: „Durchführung von öffentlichen und nicht-öffentlichen Veranstaltungen, Versammlungen oder Feierlichkeiten“ und „Fehlende Gewährleistung eines Mindestabstands von 1,5 m in Betrieben, trotz Pflicht und Möglichkeit“. Pikant sind seine damaligen Aussagen zur Einführung des Bußgeldkataloges vom 2. April 2020:

„Mit dem heute beschlossenen Bußgeldkatalog wollen wir zwar weiterhin mit Augenmaß, aber auch zielgerichtet dafür sorgen, dass die Regeln eingehalten werden. Nur wenn wir alle in dieser schwierigen Zeit mit unserem Verhalten Verantwortung füreinander übernehmen, können wir Leben retten. Wer das nicht verstehen will, weiß ab sofort, was ihn erwartet. Da, wo Regeln vorsätzlich missachtet werden, wenden wir die neue Verordnung konsequent an.“

Wir halten fest: Innensenator Grote hat weder seine eigenen Regeln eingehalten, noch ist er verantwortungsvoll damit umgegangen.



Innensenator Grote (SPD) pfeift auf seine eigenen Regeln

Im Bann der Coronakrise

Die Corona-Maßnahmen haben Hamburg seit Anfang März fest im Griff



Die neue Normalität: Gesichtsverschleierung 2.0

Die Corona-Pandemie erfasste unsere Hansestadt Anfang März, als die ersten Infizierten bestätigt wurden. Der rot-grüne Senat sorgte mit überzogenen Maßnahmen für einen harten Lockdown. Durch die vielen restriktiven Beschränkungen wurden das öffentliche Leben und die Wirtschaft hart getroffen. Mit über 90.000 verzeichneten Arbeitslosen (Stand Juli 2020) beklagt Hamburg die höchste Arbeitslosigkeit seit 15 Jahren.

Zur Bewältigung der Krise legte die AfD-Fraktion einen 37-Punkte-Plan vor, nach dem für Hamburg eine Reihe von Hilfen beschlossen werden sollten. Die Volkswirtschaft krisenfest machen, den Schwachen helfen und Versorgung sicherstellen, hatten und haben in Krisenzeiten höchste Priorität. Hierzu zählt auch die Wahrung der verfassungsmäßigen Ordnung.

In dem Programm der AfD-Fraktion wurde der Senat unter anderem dazu aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, das eine kennzahlenbasierte Exit-Strategie für die Lockerung der Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung beinhaltet. Laut AfD-Chef Dr. Alexander Wolf haben die Hamburger ein Recht

auf eine Perspektive – sie wollen wissen, bei welchen Kennzahlen die Maßnahmen gelockert werden können. Besonders städtische Luxusaufgaben gehören auf den Prüfstand und sollten einem Corona-Hilfsfond zugeführt werden.

Als Soforthilfe sollte die Rückzahlung der 2018 vereinnahmten Gewerbesteuer an klein- und mittelständische Unternehmen zurückgezahlt werden. Für die Gastronomie, Hotellerie und Tourismusbranche sollte die Umsatzsteuer auf unbestimmte Zeit abgesenkt werden. Nicht zuletzt wurde der Senat dazu aufgefordert, sämtliche Infektionsschutzmaßnahmen, die die Freiheitsrechte der Bürger beschränken, fortlaufend zu prüfen und außer Kraft zu setzen, sobald diese sich als ungeeignet oder unverhältnismäßig erweisen oder die auslösende Gefahr gebannt ist.

Gerade in diesem Punkt sieht die AfD-Fraktion konkrete Kritikpunkte am Umgang der Regierung mit der Pandemie – Partysenator Andy Grote, der gegen die eigenen Corona-Beschränkungen verstoßen und 1.000 Euro Bußgeld zahlen musste, lässt grüßen!

Kahrs Abgang aus der Politik

Im Mai trat der langjährige SPD-Bundstagsabgeordnete Johannes Kahrs von allen Ämtern zurück und legte sein Mandat nieder. Der umstrittene Genosse fiel häufiger durch seine rüpelhaften Ausfälle auf. Offiziell begründete er seinen Rücktritt mit der Niederlage bei der Wahl des Wehrbeauftragten. Andere munkeln, dass er über seine Vergangenheit stolperte.

Kahrs behauptete, Jura in Hamburg studiert, das Erste Juristische Staatsexamen abgelegt zu haben und Jurist zu sein. Diese Berufsbezeichnung fand sich auf den offiziellen Seiten des Deutschen Bundestags und der SPD. AfD-Anfragen deckten auf, dass der Name Kahrs im betreffenden Zeitraum von 1993 bis 1996 nicht in den Melde-, Namens- und Prüfungsregistern der Universität Hamburg auftaucht. Zuletzt änderte er seine Berufsbezeichnung und verzichtete auf „Jurist“, lediglich „Angestellter“ oder „Bundstagsabgeordneter“ gab er an. In der Veröffentlichung der Bundstagsverwaltung der laufenden Legislaturperiode wird er nur noch mit „Jurastudium in Hamburg“ ausgewiesen. Von erstem Staatsexamen oder Jurist ist keine Rede mehr.



Früher Scharfmacher, jetzt auf dem Abstellgleis

Die AfD-Abgeordnete Olga Petersen forderte ihn auf, endlich offenzulegen, ob, wann und wo er sein Staatsexamen absolviert hat. Er reagierte erwartungsgemäß nicht. Aus dem politischen Geschäft ist er abgetaucht, aber vielleicht ist er bald wieder da. Als gut vernetzter Ex-Verteidigungspolitiker dürften ihm Angebote aus der Rüstungsindustrie sicher sein.

Fünf Jahre in Amt und Würden – dann war Schluss

Interview mit dem früheren Bürgerschaftsvizepräsidenten Detlef Ehlebracht

Detlef Ehlebracht war in der vorherigen Legislaturperiode von 2015 bis 2020 Vizepräsident der Hamburgischen Bürgerschaft. Dann war plötzlich Schluss. Ein Interview mit Detlef Ehlebracht:

Lieber Herr Ehlebracht, Sie waren Bürgerschaftsvizepräsident, heute sind Sie es nicht mehr. Haben Sie Ihren Job schlecht gemacht?

Detlef Ehlebracht:

Man kann sich selbst schlecht ein Zeugnis ausstellen. Was ich sagen kann ist, dass ich diese Funktion gerne und nach bestem Wissen und Gewissen ausgefüllt habe.

Während meiner Amtszeit hat es mir gegenüber keine Kritik an meiner Amtsführung gegeben, weder von Präsidiumsmitgliedern, noch der Bürgerschaftskanzlei. Ich denke, es ging den anderen Bürgerschaftsfraktionen von SPD, Grünen, CDU und Linken nur darum, der AfD, im Rahmen ihrer Aktion „Kampf gegen Rechts“, diesen Posten wegzunehmen und damit ein wie auch immer geartetes Zeichen setzen zu wollen.

Welche Aufgaben hat ein Bürgerschaftsvizepräsident?

Detlef Ehlebracht:

An der Spitze der Bürgerschaft steht der Präsident bzw. derzeit eine Präsidentin. Zu den wichtigsten Aufgaben der Bürgerschaftspräsidentin gehört die Leitung der Bürgerschaftssitzungen.

Dabei wird sie bei der Sitzungsleitung durch die Vizepräsidentinnen und -präsidenten vertreten, wobei insbesondere auf die Einhaltung der Geschäftsordnung zu achten ist und darauf, dass die Leitung stets gerecht und unparteiisch zu erfolgen hat.

Darüber hinaus obliegt ihr der Schutz des Parlaments sowie der Abgeordneten und sie erfüllt repräsentative Aufgaben. Sie wird bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben vom Präsidium und damit den Vizepräsidenten unterstützt. Das Präsidium besteht in Summe aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten

und den beiden Schriftführern.

Die Wahl des Präsidiums erfolgt nach Zusammentritt einer neu gewählten Bürgerschaft für die Dauer der Wahlperiode.

Und es durfte wahrscheinlich nicht mehr sein, dass ein AfD-Mann die Bürgerschaft repräsentiert?

Detlef Ehlebracht:

Nach der Thüringen-Wahl, wo ein mit Mehrheit gewählter FDP-Kandidat zum Ministerpräsidenten gewählt wurde und die Frechheit besaß, dieses Amt auch anzunehmen, haben wir auch in Hamburg eine deutliche Klimaveränderung in der Bürgerschaft festgestellt.

Dabei wird, angefangen von der CDU zusammen mit den Linken, inklusive der Regierungsfractionen, die AfD-Fraktion mit allen Mitteln bekämpft, jedoch selten auf dem Weg der inhaltlichen Auseinandersetzung.

Meist findet das Lieblingsmittel, die Ausgrenzung in Ermangelung von Argumenten und Vernunft, Anwendung. Passend dazu wurde seitens der übrigen vier Fraktionen der Antrag gestellt, dass die Zahl der Vizepräsidenten bei fünf gewählten Parteien auf vier zu begrenzen wäre.

Nur zur Erinnerung: In der Legislaturperiode 2011 bis 2015 gab es ebenfalls fünf Fraktionen und fünf Vizepräsidenten.

Dies ist nur eine von zahlreichen Aktionen, die die unsägliche Politik der Ausgrenzung deutlich machen. Es ist ein willkürlicher Akt und stellt eine gravierende Missachtung der parlamentarischen Minderheitenrechte dar. Angesichts einer satten Zweidrittelmehrheit von Rot-Grün sollten bei allen Demokraten alle Alarmsignale angehen, bei einer derart skandalösen Schwächung einer Oppositionspartei.

Und die ehemals bürgerliche CDU spielt den willfähigen Partner, der sich nicht zu schade ist – entgegen einem CDU-Parteitagbeschluss – zum wiederholten Male gemeinsame Anträge mit der in Hamburg radikalen Linkspartei einzubringen.



Jetzt geht's den Autofahrern an den Kragen!

Ehlebracht: „Rot-Grün betreibt Anti-Autofahrerpolitik“

Autofahren macht in der Elbmetropole schon lange keine Freude mehr und der grüne Verkehrssenator Tjarks wird mittels der Verkehrswende dafür sorgen, dass es so bleibt. Statt eine weitsichtige und innovative Verkehrspolitik zu betreiben, wird wieder die Anforderungen der Autofahrer, egal ob privat oder beruflich unterwegs, unter die Räder kommen.

„Die Innenstadt weiter verkehrlich beruhigen und autoarm gestalten“ oder eine „deutliche Reduzierung von Parkplätzen im öffentlichen Raum sowie die Vermeidung von Durchgangsverkehr“ lauten die Zielsetzungen im Koalitionsvertrag.

Erste Folge ist, dass der Jungfernstieg zum x-ten Mal umgebaut und ab Oktober für den Autoverkehr gesperrt wird – dauerhaft. Im Endausbau wird die grüne Vision innerhalb des Ring 2 flächendeckend eine solche „Verkehrsberuhigung“ umsetzen. Hier wird es ein ganzes Maßnahmenpaket geben. Die Dieseldurchfahrtsverbote bleiben, obwohl die Messwerte für Luftschadstoffe

dies längst nicht mehr hergeben (AfD-Anfrage 21/170). Gerne wird aber auch der Autofahrer geschöpft. So stiegen die Einnahmen der Stadt aus den Parkgebühren in den letzten neun Jahren um sagenhafte 240 Prozent auf gut 23 Millionen Euro im Jahr (AfD-Anfrage 22/876). Fahrspuren auf Hauptverkehrsstraßen, den Leistungsträgern des Autoverkehrs, werden durch Radfahrstreifen ersetzt.

Für Detlef Ehlebracht macht Rot-Grün im Kern eine ideologisch bedingte Anti-Autofahrerpolitik und kaschiert dies mit ökologisch motivierten Beweggründen: „Die derzeitige Verkehrspolitik richtet sich einseitig gegen den Autofahrer. Dabei hat jeder Verkehrsteilnehmer berechnete Interessen. Der Fußgänger möchte nicht zunehmend als Slalomstange für diverse E-Roller oder Fahrräder erhalten. Der Radfahrer braucht eine eigene Spur, die bautechnisch von der Fahrbahn getrennt ist. Der ÖPNV-Fahrgast muss zu jeder Tages- und Nachtzeit zuverlässig und sicher Bus und Bahn mit kurzer Taktrate bis weit ins Umland nutzen können

und der Autofahrer möchte staufrei von A nach B fahren.

Es ist absolut vernünftig, insbesondere den Anteil des Öffentlichen Nahverkehrs an den zurückgelegten Wegestrecken zu erhöhen, aber bitte mit Augenmaß, nicht mit der Brechstange. Aktuelle Bedarfe sind dabei zu berücksichtigen und attraktive Angebote zu unterbreiten, denen auch Zeit für eine Entwicklung eingeräumt werden muss, um einen Mobilitätswandel herbeizuführen.“

Flottbeker Markt bleibt!



Versorgung gesichert, Tradition bleibt

Widerstand zahlt sich aus: Der beliebte Flottbeker Wochenmarkt darf bleiben. Es gab Pläne, den Markt zu verlegen und dort Gewerbe und Wohnungen in fünfgeschossiger Bauweise zu errichten. Der Investor PEG Hamburg begrub nun seine Pläne, da die Akzeptanz nicht vorhanden sei. Gegen die Pläne stellte sich die Bürgerinitiative „Rettet den Flottbeker Markt“. Auch die AfD-Bürgerschaftsfraktion und die Altonaer Bezirksabgeordneten setzten sich entschieden für den Flottbeker Markt ein. Der AfD-Bezirksabgeordnete Uwe Batenhorst zeigte sich erleichtert und freute sich über den Sieg der Vernunft. Der stadtentwicklungspolitische AfD-Sprecher Detlef Ehlebracht ist ebenfalls zufrieden: „Wir freuen uns über den erfolgreichen Widerstand vieler mutiger Bürger vor Ort, die unermüdlich um ihren Flottbeker Markt und gegen die Pläne von Rot-Grün gekämpft haben. Der Einsatz hat sich ausgezahlt!“



Und täglich grüßt die Abschleppung

Die neuen AfD-Abgeordneten in der Bürgerschaft

Vierfach-Interview mit den Abgeordneten Olga Petersen, Krzysztof Walczak,
Thomas Reich und Marco Schulz

Am 23. Februar wählten die Hamburger eine neue Bürgerschaft. Die AfD zog mit insgesamt sieben Volksvertretern ein, davon sind vier Abgeordnete zum ersten Mal im Parlament vertreten. Ein Interview mit den frisch gewählten Parlamentariern.

Mit der ersten Prognose am Wahlabend um 18 Uhr lag die AfD bei 4,7 Prozent. Auch die ersten Hochrechnungen sahen die AfD unterhalb der Fünfprozenthürde. Stunden später kletterte die AfD über die fünf Prozent und erreichte am Ende 5,3 Prozent. Welches Gefühl überwog? Schock oder Erleichterung?

Petersen:

Der Wahlabend war ein Wechselbad der Gefühle. Nach den Ereignissen um Hanau und der Thüringer Ministerpräsidentenwahl war klar, dass der mediale und politische Gegenwind in Hamburg kurz vor der Wahl immer heftiger wurde. Alle zielten darauf ab, uns aus der Bürgerschaft zu drängen, obwohl wir laut Prognosen wenige Tage vor den Wahlen bei stabilen 7 Prozent lagen. Die Hansestadt ist mit der geballten linksgrünen Mehrheit auf allen Ebenen und Bereichen ja ohnehin ein sehr schwieriges Pflaster. Angesichts dessen können wir stolz sein, dass wir es als einzige echte Opposition gegen die Einheitsfront geschafft haben. Bei mir überwog die Erleichterung, dass wir es trotz alledem geschafft haben!

Walczak:

Der Wahlabend war ein Debakel für die Demoskopen, die die Prognose und die Hochrechnungen erstellt haben. Der Landeswahlleiter hat uns während der laufenden Auszählung am Wahlabend permanent über fünf Prozent gesehen. Aber dadurch, dass die Meinungsforscher die AfD aus der Bürgerschaft herausgerechnet haben, wurde unser Spitzenkandidat Dirk Nockemann aus allen Diskussionsrunden am Wahlabend rausgeschmissen. Direkt nach Einblendung des vermeintlichen AfD-Ergebnisses unter fünf Prozent brandete klar

vernehmbarer Jubel auf – gesendet von der öffentlich-rechtlichen ARD, wohlgemerkt. Umso erfreulicher, dass sich der politische Gegner zu früh gefreut hat. Am späteren Wahlabend, als die AfD auch bei den Demoskopen sicher drin war, kamen viele Journalisten wieder zurück zur Wahlfeier geeilt und mussten neue Interviews einholen. Die Freude und Erleichterung war groß; ich war mir sicher, dass wir es packen werden.

Die ersten sechs Monate sind vorbei. Die Bürgerschaft tagte bedingt durch die Coronakrise unter erschwerten Bedingungen. Haben sie sich gut eingearbeitet?

Reich:

Ende März fand die erste konstituierende Bürgerschaftssitzung statt. Da nahm die Coronakrise bereits richtig Fahrt auf. Kurz zuvor haben wir als Fraktion unsere erste Klausurtagung durchgeführt und uns über wichtige Eckpunkte und Ziele geeinigt. Dann fand die Arbeit nur noch über Telefon- und Videokonferenzen statt. So hatten wir zumindest genügend Zeit und Muße, uns in unsere Themenfelder einzuarbeiten. Aber natürlich ist der Parlamentsalltag mit Mundschutz, Abstandsregeln und hinter Plexiglasscheiben gewöhnungsbedürftig. Hoffen wir, dass wir uns nicht allzu lange daran gewöhnen müssen und bald endlich wieder zur Normalität zurückkehren können.

Schulz:

Gott sei Dank haben wir ja nicht bei Null angefangen. Wir haben bereits weit vor der Wahl am Wahlprogramm gearbeitet und uns mit den wichtigen Themen in unserer Stadt auseinandergesetzt. Gut ist auch, dass wir auf erfahrene Fraktionsmitarbeiter aufbauen können, im Gegensatz zum Ersteinzug im Jahr 2015. Da mussten ja die Räumlichkeiten und die IT-Infrastruktur errichtet und kompetente Mitarbeiter gefunden werden. Jetzt bauen wir auf bestehenden Strukturen auf und es gab keine Anlaufschwierigkeiten. Für neue Abgeordnete

wie mich bestand zudem Zeit, sich in die zukünftigen Themenbereiche einzuarbeiten sowie die diesbezügliche Arbeit der vergangenen Legislatur zu evaluieren.

Wie verliefen die ersten Bürgerschaftssitzungen?

Walczak:

Die Legislatur begann mit einem von SPD, Grünen, CDU und Linken orchestrierten Anschlag auf die Rechte unserer Oppositionsfraktion. Alle Fraktionen haben in der letzten Legislaturperiode einen Bürgerschaftsvizepräsidenten gestellt. Durch eine Änderung der Geschäftsordnung, die mit schmutzigen Tricks bewirkt wurden, nahm man uns den Anspruch auf einen Vizepräsidenten weg. Zudem peitschten alle Fraktionen – außer der AfD – im Blitzverfahren ein Gesetzespaket durch, um den Fraktionen mehr Geld zu sichern. Die Anträge trugen zwar den Titel „Stärkung der parlamentarischen Minderheitsrechte“, waren aber reiner Etikettenschwindel. Denn auch die Regierungsfaktionen erhalten eine pauschale Anhebung der finanziellen Mittel. Unter dem Strich erhalten SPD-Fraktion 97.200 Euro und Grünen-Fraktion 59.400 Euro im Jahr mehr. Sogar die Verfassung haben die Altfraktionen geändert, damit CDU und Linkspartei in Zukunft nicht mit der AfD in der Opposition zusammenarbeiten müssen. Übrigens hat man uns diese Verfassungsänderung erst zwei Stunden vor Beginn der Bürgerschaftssitzung vorgelegt, was die Verachtung der anderen Fraktionen gegenüber unserer Verfassung unterstreicht.

Petersen:

Trotz Coronakrise machen sich die Altparteien die Taschen voll. Das ist ein ganz falsches Signal zur ganz falschen Zeit. Wir haben natürlich dagegen gestimmt. Außerdem wurde das Quorum, also die notwendige Stimmenanzahl, die für die Einsetzung der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse (PUA) notwendig ist, von 25 auf 20 Prozent gesenkt.



Von links nach rechts: Krzysztof Walczak, Olga Petersen, Marco Schulz, Thomas Reich

Warum? Ganz klar, jetzt können CDU (15 Abgeordnete) und Linke (13 Abgeordnete) einen PUA einsetzen, ohne auf die AfD-Fraktion angewiesen zu sein. Es ging also nur um mehr Kohle und um Ausgrenzung der AfD.

Die sieben Abgeordneten stehen einer linksgrünen Mehrheit von über 80 Prozent gegenüber. Mit der CDU und ihren 15 Abgeordneten gibt es auch keine Zusammenarbeit seitens der Christdemokraten. Wie kann die AfD als kleinste Oppositionsfraktion da überhaupt wirken?

Schulz:

Natürlich ist es eine Situation wie David gegen Goliath. Es ist eine große Freude, der regierenden SPD und Grünen den Spiegel vorzuhalten, wohin sie mit ihrer fehlgeleiteten und ideologiebetriebenen Politik unsere Stadt hineinreiten. Auf der anderen Seite ist es ein Jammer, denn wir als AfD stehen für eine bürgerliche Politik mit Realitätssinn und gesundem Menschenverstand. In der Bürgerschaft stehen wir damit zwar momentan allein auf weiter Flur, aber davon lassen wir uns nicht unterkriegen

und bleiben unnachgiebig. Wir haben mit rund 44.000 Wählern unser Ergebnis von 2015 gehalten. So weit so gut, unser Anspruch war aber natürlich ein Wachstum. Repräsentative Umfragen aus dem Frühjahr 2020 haben auch ein Potenzial von 7 bis 9 Prozent offenbart, unter den widrigen Umständen im Februar waren diese Werte dann aber leider nicht mehr zu erreichen. Die Causa Kemmerich in Thüringen sowie der schreckliche Vorfall in Hanau, welcher auf widerlichste Art und Weise von der politischen Konkurrenz sowie vielen Medien gegen uns instrumentalisiert wurde, haben die Wähler erfolgreich verschreckt.

Der Spiegel plakatierte in der ganzen Stadt unter dem Deckmantel der Pressefreiheit seine Propaganda gegen uns, der SPD-Abgeordnete Kazim Abaci rief aus Istanbul die Deutschtürken dazu auf, uns aus dem Parlament zu wählen. Als parlamentarisches Fazit der Wahl lässt sich an die linksgrüne Mehrheit folglich appellieren: Ihr habt sämtliche Geschütze gegen uns aufgeföhren und konntet uns bzw. den Wählerwillen dennoch nicht verhindern. Überdenkt also endlich eure Blockadehaltung und

fangt an, mit uns auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten!

Reich:

In Bezug auf den gesunden Menschenverstand können wir bezeichnenderweise auf die CDU nicht zählen.

Trotz Kooperationsverbots machen sie ständig gemeinsame Sache mit der SED-Nachfolgepartei. Klar ist, dass wir in dieser Konstellation niemals auch nur einen einzigen Antrag durchkriegen. Aufgrund des Absenders AfD landen alle Anträge im Papierkorb. Aber eines der schärfsten Schwerter einer Opposition nutzen wir sehr aktiv: Kleine Anfragen.

Der Senat muss – rechtlich gesehen – die Anfragen beantworten. Dadurch kommen wir zuverlässig an Informationen und stellen eine Öffentlichkeit her. Während der Bürgerschaftssitzungen muss ich immer wieder an den Dalai Lama denken, dem man folgendes Zitat zuschreibt: „Falls du glaubst, dass du zu klein bist, um etwas zu bewirken, dann versuche mal zu schlafen, wenn eine Mücke im Raum ist.“

Und wer weiß: Vielleicht wird ja mal aus der Mücke ein Elefant.

Linke G20-Gewalt jährt sich zum dritten Mal

Nockemann: „Rote Flora endlich schließen!“

Vor über drei Jahren fand der G20-Gipfel in Hamburg statt und linke Gewalttäter versetzten ganz Hamburg in Angst und Schrecken.

Die Demonstration „Welcome to Hell“ wurde vom Sprecher der linksextremen Rote Flora, Andreas Blechschmidt, angemeldet. Nach der linken G20-Gewalt sagte der damalige Erste Bürgermeister Olaf Scholz (SPD): „Die Rote Flora hat jetzt ein Problem“ und fügte hinzu: „Klar ist: Es kann dort nicht so bleiben wie

es ist.“ Er ergänzte: „Ich habe nicht vor, 2020 noch über das Thema Rote Flora zu reden.“ Trotz der angekündigten Konsequenzen passierte nichts.

In einer Antwort auf eine AfD-Anfrage unterstrich der rot-grüne Senat ausdrücklich: „Eine Schließung der „Roten Flora“ ist insofern derzeit nicht geplant.“ (Drucksache 22/820)

Für den AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann ein unhaltbarer Zustand: „Drei Jahre nach der linken G20-Gewalt ist in Hamburg alles beim Alten geblieben. Linksextremisten fühlen sich trotz vollmundiger Versprechungen des Senates pudelwohl. Aber dafür gelten jetzt neue Regeln für die Polizei, die sich einer Kennzeichnungspflicht unterwerfen muss. Wir als AfD-Fraktion vergessen nicht und bleiben dabei: Die Rote Flora muss geschlossen werden!“

Die Rote Flora wurde 1989 besetzt und befindet sich seit 2014 im Besitz der SPD-nahen Lawaetz-Stiftung, die wiederum zu 100 Prozent der Hansestadt und damit dem Bürger gehört. Das Zentrum ist ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt für Linksextremisten.

Laut Verfassungsschutz fungierte die Rote Flora beim G20-Gipfel für anreisende Protestteilnehmer als Rückzugsraum, Informations- und Sammelpunkt sowie Versorgungsstation. Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes ist die Rote Flora eine Art ideeller und räumlicher Bezugsrahmen für die gesamte autonome Szene und fest in deren Hand.

Laut Verfassungsschutzbericht 2019 gab es mit 940 Personen noch nie so viele gewaltorientierte Linksextremisten in der Hansestadt. Zum Vergleich: Im Jahr 2016 lag die Zahl noch bei 650 und 2017 bei 770. Drei Jahre nach G20 lässt sich festhalten, dass die Zahl der gewaltorientierten Linksextremisten sogar zunimmt.



G20-Gipfel 2017: Linke sorgen für bürgerkriegsähnliche Zustände



Florierender Linksextremismus: Rote Flora als Epizentrum für linke Verfassungsfeinde

Schlapphüte machen Politik

Nockemann: „Recht und Gesetz gilt auch für Innenbehörde“
 Wolf: „Der VS muss die Verfassung schützen - nicht die Regierenden“



Sitz des Verfassungsschutzes: Behörde für Inneres und Sport am Johannisswall

Der Verfassungsschutz als deutscher Inlandsgeheimdienst hat die wichtige Aufgabe herauszufinden, ob es eine Bedrohung für die Verfassung gibt. Deshalb sammelt und wertet er Informationen über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung aus und leistet zudem Spionageabwehr. Das sind die ureigenen Aufgaben der Schlapphüte.

Aber die Altparteien machen sich immer mehr den Staat zur Beute und machen auch nicht vor dem Geheimdienst halt. Auch in Hamburg agiert der VS zunehmend politisch und wird von den Regierenden instrumentalisiert. Die politische Konkurrenz soll damit an den Pranger gestellt und ausgegrenzt werden.

Vor wenigen Wochen äußerte sich im Abendblatt-Interview Hamburger VS-Chef Torsten Voß über neue Erkenntnisse zum Rechtsextremismus und zur AfD in Hamburg: „Wir haben nicht nur bundesweit, sondern auch in Hamburg Anzeichen, dass sich die AfD möglicherweise weiter in Richtung Rechtsextre-

mismus entwickeln könnte“. Einen Beweis dafür blieb er schuldig, ebenso zur Anzahl der Flügel-Unterstützer. Laut Voß werde der VS die AfD dann beobachten, wenn man „feststelle, dass der Einfluss des ‚Flügels‘ auf die Gesamt-AfD steuernd und entscheidend wird.“ Er geht davon aus, dass um die zwei Prozent der Hamburger AfD-Mitglieder mit dem „Flügel“ sympathisieren.

Der Boss von Voß heißt Andy Grote (SPD) und ist Innensenator. Er verstieg sich Anfang Juni in einer Pressekonferenz zur Vorstellung des VS-Berichts 2019 zu der Aussage, dass die AfD-Fraktion als Opposition doch verstärkt auf Konfrontationskurs setze und sich in ihren Haltungen noch stärker als Antipol zu allem positioniere, was auf Senats- und Regierungsebene politisch verfolgt werde. Nach Auffassung der AfD-Fraktion hat der Innensenator damit auf Ressourcen zurückgegriffen, die ihm allein aufgrund seines Regierungsamts zur Verfügung standen. Und diese Möglichkeit hat er unzweifelhaft im politischen

Kaum Abschiebungen ausreisepflichtiger Ausländer



Symbolbild

Aus einer Senatsantwort auf die AfD-Anfrage über Zahlen zu Abschiebungen geht hervor, dass aktuell 9.525 Ausländer ausreisepflichtig sind. Allerdings wurden im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 15. Juli 2020 nur 164 Personen abgeschoben – das entspricht 1,7 Prozent (Drucksache 22/804). In Hamburg leben fast 60.000 sogenannte Flüchtlinge. Für den AfD-Fraktionsvorsitzenden und innenpolitischen Sprecher Dirk Nockemann sind die Zahlen blanker Hohn und eines Rechtsstaates unwürdig. Er fordert: „Hamburg muss endlich eine Abschiebungsoffensive starten und den Rechtsstaat wiederherstellen. Der Staat darf sich nicht auf der Nase herumtanzen lassen. Innensenator Grote sollte endlich seine Hausaufgaben erledigen, anstatt ständig und unbegründet die AfD in eine rechtsextreme Ecke zu stellen.“

Meinungskampf eingesetzt. Die AfD-Fraktion wird eine Klage gegen Grote einreichen und ihn damit zur Rechenschaft ziehen. Für den AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann ist die zunehmende politische Instrumentalisierung des VS unerträglich und eine Gefahr für die Demokratie: „Auch der Innensenator Grote und sein Geheimdienstchef Voß müssen sich an Recht und Gesetz halten.“

Es wird Zeit, dass wir unsere Demokratie und unsere Verfassung – auch vor übereifrigen Regierungsvertretern – schützen.“ Und für den AfD-Fraktionschef Dr. Alexander Wolf ist es eindeutig: „Der VS geht einseitig und tendenziös vor. Er macht sich zum Erfüllungsgehilfen von Politik und Medien. Der VS muss die Verfassung schützen und nicht die Regierenden.“

Dirk Nockemann

Fraktionschef und Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Innenausschuss, Ausschuss für Justiz und Verbraucherschutz

Fachsprecher für:

Inneres, Islam, Justiz, Öffentlicher Dienst, Parlamentsreform

afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/

facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/

dirk.nockemann@afd-hamburg.de



Dr. Alexander Wolf

Fraktionschef und Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Schulausschuss, Kultur- und Medienausschuss

Fachsprecher für:

Einwanderung/Integration, Islam/Jüdische Belange,

Schule, Kultur, Jagd, Fischerei,

afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/

facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/

alexander.wolf@afd-hamburg.de



Detlef Ehlebracht

Parlamentarischer Geschäftsführer und

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Stadtentwicklungsausschuss (Vorsitz), Verkehrsausschuss, Sportausschuss,
Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein

Fachsprecher für:

Bau, Stadtentwicklung, Sport, Verkehr

afd-fraktion-hamburg.de/detlef-ehlebracht/

facebook.com/Detlef.Ehlebracht.AfD/

detlef.ehlebracht@afd-hamburg.de



Krzysztof Walczak

Stellv. Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied
in folgenden Ausschüssen:

Ausschuss für Wirtschaft und Innovation, Wissenschaftsausschuss, Verfassungs- und
Bezirksausschuss, Europaausschuss

Fachsprecher für:

Digitales, Europa, Gleichstellung, Antidiskriminierung, Hafen, Innovation,
Tourismus, Medien, Verfassung, Verbraucherschutz, Wirtschaft, Wissenschaft

<https://afd-fraktion-hamburg.de/krzysztof-walczak/>

<https://www.facebook.com/walczak.afd>

krzysztof.walczak@afd-hamburg.de





Olga Petersen

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Familie-, Kinder und Jugendausschuss,
Ausschuss für Gleichstellung und Antidiskriminierung,
Eingabenausschuss

Fachsprecherin für:

Bürgerkontakte, Eingaben, Familie,
Gleichstellung, Antidiskriminierung, Kinder, Jugend, Medien

<https://afd-fraktion-hamburg.de/olga-petersen/>

<https://www.facebook.com/Olga.Petersen.AfD>

olga.petersen@afd-hamburg.de

Thomas Reich

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Gesundheitsausschuss, Haushaltsausschuss,
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

Fachsprecher für:

Behinderte, Datenschutz, Energie, Gesundheit, Haushalt,
Kirchen, Senioren, Tierschutz, Umwelt

afd-fraktion-hamburg.de/thomas-reich/

www.facebook.com/thomas.reich.afd

thomas.reich@afd-hamburg.de



Marco Schulz

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Soziales, Arbeit und Integration, Öffentliche Unternehmen

Fachsprecher für:

Arbeit, Kommunales, Bezirke, Öffentliche Unternehmen, Soziales

afd-fraktion-hamburg.de/marco-schulz/

marco.schulz@afd-hamburg.de



Zahlen statt Worte



93

Prozent der Schüler der Schule auf der Veddel besitzen einen Migrationshintergrund. Hamburgweit sind es 49,16 Prozent.

Quelle: Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Dr. Alexander Wolf (Drucksache 22/529)



145

zum Teil stark bedrohte Wildbienen- und Wespenarten leben auf dem Gelände des Tierparks Hagenbeck und auf den für die Futterproduktion bewirtschafteten Wiesen.

Quelle: Deutsche Wildtier Stiftung



56

Imame sind in Hamburg tätig.

Quelle: Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Dirk Nockemann (Drucksache 22/554)



87.700

Bürger in Hamburg sind derzeit arbeitslos - höchster Stand seit 13 Jahren.

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein



13.104

Passagiere hatte der Hamburger Luftverkehr im April 2020, im Vorjahreszeitraum waren dies 1,4 Millionen.

Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein



3.495

Straßenbäume gingen seit 2015 unterm Strich verloren. 10.649 Fällungen standen nur 7154 Nachpflanzungen gegenüber.

Quelle: Große Anfrage (Drucksache 22/339)



163

evangelisch-lutherische und 40 katholische Kirchen gibt es in Hamburg.

Quelle: Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Dirk Nockemann (Drucksache 22/527)



23,09

Millionen Euro nahm die Hansestadt 2019 durch Parkgebühren ein. Eine Steigerung von unglaublichen 240 Prozent im Vergleich zum Jahr 2010.

Quelle: Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Detlef Ehlebracht (Drucksache 22/876)

Die AfD-Fraktion in den Medien

Eine Auswahl aus der Presseberichterstattung der letzten Monate

Hamburger Abendblatt (14.08.2020)

Verfassungsrichter: AfD fordert vor der Wahl Aussprache

„Öffentlichkeit und Medien bleiben beim Nominierungs- und Vorstellungsprozess der Kandidaten außen vor, obwohl hier Richter bestimmt werden, die eine überaus große Machtfülle bei der Auslegung unserer Verfassung haben“, sagt der AfD-Bürgerschaftsabgeordnete Krzysztof Walczak.

Die Welt (07.08.2020):

Eckhart von Festival eingeladen – Kultursenator will mit Veranstalter reden

Nach Drohungen von Linken hatte der Veranstalter des Hamburger Harbour Front Literaturfestivals die Kabarettistin Lisa Eckhart eingeladen. Die AfD-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft kritisierte den Vorgang. „Linke Zensurwächter geben weiterhin in unserer Stadt den Ton an“, sagte der Fraktionsvorsitzende Alexander Wolf. „Kunst- und Meinungsfreiheit gelten in Hamburg nur, wenn linke Extremisten dafür grünes Licht erteilen. Das ist unerträglich und unserer Hansestadt unwürdig.“

Hamburger Abendblatt (05.08.2020):

Eltern fordern Unterricht in Kleingruppen

AfD-Familienpolitikerin Olga Petersen forderte, dass „eine einheitliche und optimierte Lernplattform angewendet wird, bei dessen Nutzung auch die Eltern miteinbezogen werden“. Die Corona-Krise habe „Lücken der Digitalisierung an Schulen offenbart“, noch immer gebe es „keine einheitliche, funktionale und komplett störungsfreie Lernplattform.“

Hamburger Morgenpost (04.08.2020):

Bußgeld nach „Corona-Feier“ Grote zur Strafzahlung verdonnert – Entlassung gefordert

Sollte sich Grote weiterhin weigern, seinen Hut zu nehmen, „dann muss der Erste Bürgermeister ihn entlassen“, sagte AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann. „Entlässt er ihn nicht, dann wird der Fall Grote endgültig zum Fall Tschentscher. Es steht der letzte Rest Glaubwürdigkeit auf dem Spiel.“

Die Welt (28.07.2020):

Alkoholverkaufsverbot: „Es passt nicht zum Kiez, aber wir haben keine Wahl“

Der wirtschaftspolitische Sprecher der AfD, Krzysztof Walczak, hält die Entscheidung des Senats für übertrieben und falsch: „Von der Politik wurde mehrfach und wiederholt in Aussicht gestellt, neue Zwangsmaßnahmen erst bei einer Überschreitung der 50er-Grenze zu verhängen. Jetzt verschärft der Senat aber, obwohl es in Hamburg in den vergangenen sieben Tagen gerade mal 4,3 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner gab.“

Deutsche Presse-Agentur (23.07.2020):

Hamburger AfD fordert Tests vor Gymnasialempfehlung

Angesichts von tausenden Schülern, die in den vergangenen Jahren die Hamburger Gymnasien Richtung Stadtteilschule verlassen haben, fordert die AfD Tests vor dem Übergang von der Grund- in die weiterführende Schule. „Die Zahlen belegen, dass der Übergang an die Gymnasien sehr großzügig gehandhabt wird und die unverbindlichen Grundschulempfehlungen ins Leere gehen“, sagte Fraktionschef und Schulexperte Alexander Wolf der Deutschen Presse-Agentur.

Tichys Einblick (11.06.2020):

Neue Regierung in Hamburg: Hoch umstritten ist schon heute die Justizsenatorin

Die Hamburger AfD-Bürgerschaftsfraktion hat in einer Pressemitteilung („Nicht-Juristin Anna Gallina wird Justizsenatorin“) zu der Ernennung Anna Gallinas zur neuen Senatorin für Justiz kritisch Stellung bezogen. Der Fraktionsvorsitzende Dirk Nockemann (er ist Voll-Jurist) wörtlich: „Auf den Pannensenator Steffen folgt die Nicht-Juristin Gallina. Das grüne Karriere-Karussell dreht sich schnell, und Hamburg leistet sich eine Justizsenatorin ohne juristische Fachkompetenz.“

NDR (26.05.2020):

Corona-Steuer ausfall: Hamburg rechnet mit Milliarden

„Die fetten Jahre sind vorbei“, meinte

Thomas Reich von der AfD angesichts der Mai-Steuerschätzung. Jetzt rächt sich seiner Ansicht nach, dass SPD und Grüne in den guten Haushaltsjahren zu wenig Schulden getilgt hätten.

Hamburger Abendblatt (25.05.2020):

NDR: Gewerkschaften empört über Kürzungsvorschlag der AfD

„Die AfD Hamburg spricht jetzt davon, dass auch die NDR-Spitze ihren Beitrag leisten und „den Gürtel enger schnalzen“ müsse. Der Hamburger Bürgermeister verdiene nur rund halb so viel wie der Intendant Knuth, rechnete die Partei vor. In Bezug auf die Vorwürfe des NDR ließ die AfD am Montag wissen: „Die Ablehnung der AfD-Forderung ist Hohn und Spott für jeden ordentlichen Gewerkschafter“, erklärte der Abgeordnete Krzysztof Walczak.“

Hamburger Abendblatt (06.04.2020):

Corona-Zeiten: AfD fordert Knöllchenverzicht für Autofahrer

Die Hamburger AfD-Fraktion hat in der Corona-Krise ein Verzicht auf Parkknöllchen für Autofahrer gefordert. Der Sprecher der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, Dirk Nockemann, sagte dazu: „Für die Bürger ist es aktuell gesünder, mit dem Auto anstatt mit Bus und Bahn zu fahren.“ Deshalb müsse der Senat Anreize schaffen, um den Bürgern einen infektionssicheren und unkomplizierten Arbeitsweg zu ermöglichen.

Junge Freiheit (02.04.2020):

Bürgerschaft ändert Geschäftsordnung: AfD soll keinen Vizepräsidenten mehr stellen

„Nicht die AfD beschädigt die Demokratie, sondern die geschlossene Einheitsfront, die sich mit unlauteren Methoden als ‘Demokratieverteidiger’ verkauft“, kritisierte der AfD-Fraktionschef Alexander Wolf und ergänzte: „Unterstützung erhält sie dabei von der ehemals bürgerlichen CDU, die sich nicht zu schade ist – entgegen einem CDU-Parteitagbeschluss – einen gemeinsamen Antrag mit der in Hamburg radikalen Linkspartei einzubringen.“

Wie gut kennen Sie Ihre Hansestadt? Machen Sie mit bei unserem Hamburg-Quiz!

Mitmachen und gewinnen · das Hamburg-Quiz

Abendessen mit Überraschungsgast zu gewinnen!

Wie heißt Hamburgs Justizsenatorin?

Anna von Treuenfels • Anna Gallina • Annalena Baerbock

44 Meter beträgt die kürzeste Straße Hamburgs. Wie heißt sie?

Herbertstraße • Wienbargstraße • Kurze Mühren

Zwei Abendessen für jeweils
zwei Personen, gemeinsam mit
einem Überraschungsgast.

Impressum

Herausgeber:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft, Schmiedestraße 2,
20095 Hamburg
Redaktionsschluss: 31.08.2020
Verantwortlich im Sinne des
Presserechts: Dr. Alexander Wolf
Verantwortlicher Redakteur:
Robert Offermann
Telefon: 040/42831-2518

✉ presse@afd-fraktion.hamburg.de

Diese Publikation informiert über die
Arbeit der AfD-Bürgerschaftsfraktion.
Sie darf nicht zu Wahlwerbbezwecken
verwendet werden.

Informationen über die Arbeit der
AfD-Fraktion aus erster Hand? Be-
stellen Sie hier unseren Newsletter:

🌐 afd-fraktion-hamburg.de/newsletter

Richtige Lösung eingeben unter:

🌐 <https://uns-hamburg.de/quiz>

oder per Mail schicken an:

✉ presse@afd-fraktion.hamburg.de

Betreff: Hamburg-Quiz

oder per Post an:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Stichwort: Hamburg-Quiz

Schmiedestraße 2

20095 Hamburg

Einsendeschluss ist der 31. Dezember
2020.

Unter den richtigen Einsendern

entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist
ausgeschlossen.

Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück!

Ihr Kontakt zur AfD-Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg
040 42831-2518

(Sie erreichen uns zwischen 9 und 18 Uhr.)

✉ info@afd-fraktion.hamburg.de

🌐 afd-fraktion-hamburg.de

📘 facebook.com/afd.fraktion.hamburg

🐦 twitter.com/AfD_Fraktion_HH

📺 youtube.com/c/AfDFraktionHamburg

📷 instagram.com/afd.fraktion.hamburg/

